

Martin Große Hüttmann und Georg Weinmann

## Die europäische Zeitenwende im Energiesektor: Politikwissenschaftliche Konzepte zur „Übersetzung von Komplexität“

Im Mehrebenensystem der Europäischen Union führt der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zu neuen Priorisierungen im Wertekanon der EU und damit zur Neuausrichtung von Politikfeldern. Mit dieser Entwicklung verbinden sich Fragen zur Erfassung von revidierter supranationaler Komplexität und zu ihrem Wiederhall in der politischen Bildung. Der Beitrag unternimmt deshalb den Versuch, die Energieversorgungskrise in der EU didaktisch so aufzubereiten, dass die Komplexität des Themas nicht reduziert, sondern „übersetzt“ wird (Mende / Müller 2020). Sozialwissenschaftliche Konzepte wie Interdependenz, Solidarität und Resilienz öffnen dabei neue didaktische Zugänge zu einem vielschichtigen Gegenstand.

Krieg verändert (fast) alles. Der Überfall russischer Truppen auf die Ukraine am 24. Februar 2022 brachte nicht nur „unermessliches Leid über Millionen von Menschen, [er] verändert [...] auch die politische, wirtschaftliche und psychologische Landkarte Europas fundamental“ – so die Beobachtung des bulgarischen Politikwissenschaftlers und renommierten Osteuropaexperten Ivan Krastev in einem Interview des Schweizerischen Fernsehens SRF („Sternstunde Philosophie“), das am 19. Januar 2023 ausgestrahlt wurde. Der Krieg in direkter Nachbarschaft trifft die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten, die seit Jahrzehnten in einer „Polykrise“ gefangen sind (Große Hüttmann 2021), schlecht vorbereitet. Da kein Ende der europäischen Herausforderungen in Sicht ist, sprechen Beobachter deshalb auch von einer „Permakrise“ der EU (Zuleeg et al. 2021). Mit dem Krieg in der Ukraine sind auch weitere Handlungsdesiderate der EU – Migration, Wirtschaftskrise und Fragen der europäischen Solidarität – wieder auf der Tagesordnung. Der Konflikt hat diese Problemlagen verstärkt (Krastev 2022) und das Wimmelbild der Krisen noch unübersichtlicher werden lassen.

Die Energieversorgungskrise als Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine gehört zu den größten Herausforderungen, denen der europäische Integrationsprozess in jüngerer Zeit ausgesetzt war.<sup>1</sup> Neben den Maßnahmen zur Sicherung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und des sozialen Zusammenhalts stehen dabei die Verfahren zur Konsensbildung im Mittelpunkt des politikwissenschaftlichen Interesses. Eine nähere Betrachtung der Reaktionen auf die „Zeitenwende“, die der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz bei seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag, wenige Tage nach Kriegsausbruch, ausgerufen hatte, führt eindringlich die Komplexität

vor Augen, die mit den zahlreichen Entscheidungen im Mehrebenensystem der EU verbunden ist. In der jüngeren Vergangenheit sind vor diesem Hintergrund Versuche unternommen worden, die Vielschichtigkeit entsprechender Prozesse durch den Rückgriff auf Instrumente der politischen Bildung zu erfassen. Hingewiesen wurde in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit einer differenzierten Analyse, um den zahlreichen Einflussfaktoren gerecht zu werden (Mende / Müller 2020). Zu diesem Zweck hat die EU-Integrationsforschung bislang auch den Weg beschritten, die Beschaffenheit entsprechender Maßnahmen unter einer zielorientierten Perspektive zu beleuchten und mit der Wertedimension des europäischen Einigungsprozesses zu verknüpfen. So geht der vorliegende Beitrag davon aus, dass sich im Zuge der Energieversorgungskrise bei den Zielsetzungen und im Wertesystem der Europäischen Union neue Prioritäten ergeben haben, die mit innovativen Politikansätzen einhergehen können. Beispiele hierfür sind die weiterentwickelten Vorstellungen zur Sicherheit, (Energie-)Autonomie oder Solidarität in der EU. Eine Neubewertung erfahren darüber hinaus Deutungsversuche wie die Theorien zur „Interdependenz“, die für viele EU-Staaten über Jahrzehnte hinweg zu den elementaren Glaubenssätzen („belief systems“) bei der Gestaltung ihres Verhältnisses zu Russland gehörten.

Auch am Beispiel der „Resilienz“ soll gezeigt werden, dass die Kontroversen um die Relevanz und Ausgestaltung entsprechender Parameter mehr sind als Debatten um Begrifflichkeiten. Durch die Analyse ihrer inhaltlichen Ausgestaltung und Rollen für das Selbstverständnis der EU ergeben sich erweiterte Zugänge bei der Erfassung und Durchleuchtung revidierter supranationaler Komplexität.

### „Übersetzung von Komplexität“

Die Politikwissenschaftler Janne Mende und Stefan Müller (2020) haben die Frage aufgeworfen, wie anstelle der in der politischen Bildung und im Politikunterricht klassischen „Reduktion von Komplexität“ eine „Übersetzung

1 Der vorliegende Beitrag geht auf Textteile zurück, die andersorts veröffentlicht wurden (Große Hüttmann / Weinmann 2023).

von Komplexität“ erreicht werden könne. Bei der Reduktion von Komplexität, so ihre These, sehen sie als Problem eine „Verkürzung von Inhalten“. Bei der „Abbildung“ von Komplexität wird letztere zwar beibehalten – das Problem, das sie hier sehen, liegt jedoch darin, dass „Wissen und Analyse [...] verkompliziert“ werden. Das Modell der „Übersetzung von Komplexität“, das sie anstelle ihrer Reduktion empfehlen, stellt die „Nachvollziehbarkeit von Komplexität“ in den Mittelpunkt und macht die Komplexität zum „Startpunkt“; diese müsse rekonstruierbar aufbereitet und dargestellt werden (Mende / Müller 2020, S. 396). Um dies zu erreichen, wollen wir im vorliegenden Beitrag mithilfe der oben genannten Konzepte und Begriffe die Komplexität, die im Thema der Energieversorgungssicherheit steckt, für die politische Bildung und den Politik-Unterricht „übersetzen“.

### Der politische Preis für Energiesicherheit

Eine gesicherte Energieversorgung ist ein zentraler Pfeiler der wirtschaftlichen Stabilität Europas. Durch den russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 und den damit zusammenhängenden Stopp der russischen Gas-Lieferungen – eine Reaktion des Kremls auf die Sanktionen der EU – geriet die Versorgungssicherheit in Europa in Gefahr. In dieser Lage wurde die wechselseitige Abhängigkeit („Interdependenz“) und die damit einhergehende Verwundbarkeit von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sichtbar. Dass die „Interdependenz“ keine Einbahnstraße ist, sondern ein „systembedingtes Aufeinanderangewiesensein“, wie Walter Bühl die Abhängigkeit so treffend schon Mitte der 1980er Jahre beschrieben hat (zitiert nach Kohler-Koch 1990, S. 120), zeigt sich an der Gasversorgung Deutschlands und anderer EU-Staaten. Die in der Ostsee verlegten Röhren von Nord Stream I und II haben Erdgas nach Deutschland geliefert bzw. sollten diese Kapazität noch ausbauen. Aber durch diese Art der Infrastruktur war nicht nur die EU als Kunde abhängig von Russland, sondern umgekehrt war auch Russland angewiesen auf die EU-Europäer als Abnehmer. Denn hätten alle EU-Staaten wie zum Beispiel Litauen schon 2014 angefangen, ihre Abhängigkeit von russischem Gas durch eine Politik der Diversifizierung zu reduzieren, hätten die russischen Röhren schon früher ihren Zweck verloren. Auf dem Meeresgrund liegende Pipelines lassen sich nicht „umlenken“ wie Containerschiffe, die Flüssiggas (LNG) transportieren.

### Gas als Waffe

Die Krise der Energieversorgung, die sich durch den Stopp russischer Gaslieferungen im Sommer 2022 zuspitzt hat, stellte nicht nur Wirtschaftsunternehmen, sondern auch Haushalte vor Herausforderungen. Der Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck warnte Ende Juni 2022 vor einer „Gaskrise“. Er erhob massive Vorwürfe gegen den russischen Präsidenten: „Die Drosselung der Gaslieferungen ist ein ökonomischer Angriff Putins auf uns“; die zu erwartenden Preissteigerungen beim Gas werden, so die damalige Einschätzung des Vizekanzlers, massive Folgen für die Wirtschaft haben und für „viele

Verbraucherinnen und Verbraucher eine große Last werden“ (F.A.Z. vom 24.6.2022). Während die aus Russland gelieferte Gasmenge immer kleiner und am Ende ganz gestoppt wurde, schossen die Preise für Gas und die Lebenshaltungskosten in die Höhe (Inflation). Die Sorge um die wirtschaftliche Stabilität in den EU-Staaten wurde immer größer.

Das Ausmaß der Abhängigkeit europäischer Staaten von russischem Gas unterscheidet sich sehr deutlich. In Finnland und Lettland ist die Abhängigkeit von russischem Erdgas am größten: Beide nordeuropäischen Staaten hingen im Februar 2022 zu 94 % bzw. 93 % von Lieferungen aus Russland ab. Bulgarien (77 %), Deutschland (49 %), Italien (46 %), Polen (40 %) und Frankreich (25 %) sind im Vergleich dazu (deutlich) weniger abhängig (alle Zahlen nach statista, 24.2.2022). 94 % des in Deutschland verbrauchten Erdgases stammt aus Importen; neben Russland kommt Erdgas vor allem aus Norwegen (Anteil im Jahr 2020: 30,6 %) und aus den Niederlanden (2019: 21,4 %) (alle Zahlen nach statista, 21.7.2021). Die Internationale Energieagentur IEA hat am 3. März 2022, also wenige Tage nach dem russischen Einmarsch, einen 10-Punkte-Plan vorgelegt, der Wege aufzeigt, wie die EU-Staaten ihre Abhängigkeit von russischem Erdgas reduzieren können (IEA 2022). Nach diesen Vorschlägen wäre eine Reduzierung der Liefermengen von damals 155 Milliarden Kubikmeter bis Ende 2023 auf geschätzte 77 Milliarden möglich. Die größten Einsparpotenziale sieht die IEA dort, wo die Europäer von russischem Gas auf alternative Importeure umsteigen können, also wenn sie mit Gas durch Pipelines aus Norwegen und Aserbaidschan versorgt werden, oder durch Einsparungen, das Auslaufen der russischen Lieferverträge bzw. auch durch die verstärkte Nutzung von Bio- und Kernenergie (Janson 2022).

### Das „REPowerEU“-Programm

Die EU-Kommission hat im Mai 2022 unter dem Titel „REPowerEU“ einen Plan vorgelegt, der drei Ziele verfolgt: die Senkung des Energieverbrauchs, die Erzeugung sauberer Energie und die Diversifizierung der Energieversorgung in Europa: „Die neuen geopolitischen Gegebenheiten und die Lage auf dem Energiemarkt zwingen uns, den Übergang zu sauberer Energie drastisch zu beschleunigen und Europa unabhängiger von unzuverlässigen Energielieferanten und schwankungsanfälligen fossilen Brennstoffen zu machen“ (Website der EU-Kommission: „REPowerEU: erschwingliche, sichere und nachhaltige Energie für Europa“, Stand: 19.10.2022). Ursula von der Leyen, die Präsidentin der EU-Kommission, hat in einer Twitter-Nachricht anlässlich der Veröffentlichung des REPowerEU-Projektes folgendes Ziel ausgegeben:

„The more interdependent we become in Europe, the more independent we become from Russia. The ultimate aim is: an interconnected European market für clean energy. That is the foundation of a true Union of Clean Energy. And this is how we #RePower the EU“ (Tweet vom 19.5.2022).

Hier wird „Interdependenz“ als Lösung des Problems angesehen. Die engere Vernetzung und Verflechtung („Interkonnektivität“) im Energie-Binnenmarkt mache die EU und ihre Mitgliedstaaten unabhängig von russischer Energie und ist – ohne dass die Kommissionspräsidentin dies hier ausspricht – auch eine Strategie, um Russlands geopolitisches „Geschäftsmodell“ zu konterkarieren, das darin besteht, seine Energie als „Waffe“ einzusetzen und eine Politik der „Weaponization“ zu verfolgen (Umbach 2022). Der Umstieg auf „saubere“ Energien, der im „European Green Deal“ beschlossen wurde, ist also nicht nur in klimapolitischer Hinsicht das Gebot der Stunde, sondern auch in sicherheitspolitischer Perspektive.

Im Februar 2023 zeigte sich, dass die meisten EU-Staaten sehr viel schneller als gedacht die Abhängigkeit von russischer Energieversorgung reduzieren konnten: Die Zeitung „The Guardian“ brachte am 3.2.2023 folgende Schlagzeile: „How Putin's plans to blackmail Europe over gas supply failed“. Die Worst-Case-Szenarien über „Gasnotlagen“ in den EU-Staaten, mit denen 2022 noch gerechnet wurde, sind – auch wegen eines milden Winters 2022/23 – nicht eingetreten. Der hohe Preis, den viele EU-Staaten und nicht zuletzt Deutschland bereit waren, für alternative Energiequellen zu zahlen, ließ die „Weaponization“-Strategie des Kremls ins Leere laufen. Die anfangs erkennbaren Reflexe, sich nur um die Versorgung der eigenen Wirtschaft zu kümmern, sind solidarischem Verhalten zwischen den EU-Staaten gewichen. Wie der Winter 2023/24 aussehen und wie die Versorgungslage dann sein wird, bleibt abzuwarten.

### „Interdependenz“

In den 1970er Jahren haben die US-amerikanischen Politikwissenschaftler Robert O. Keohane und Joseph S. Nye ihr „Interdependenz“-Konzept entwickelt. Damit haben sie die transnationalen, also grenzüberschreitenden Beziehungen von Staaten, Gesellschaften und Wirtschaftssystemen beschrieben (Kohler-Koch 1990). Die Wissenschaftler haben mit ihrem Ansatz nicht nur einen wichtigen Analyse-Begriff, sondern auch ein neues Verständnis internationaler Politik entwickelt – die Idee einer eng verflochtenen und dadurch friedlichen „Weltgesellschaft“. Wer einen intensiven Handelsaustausch miteinander pflegt – so die Annahme – werde keine Kriege gegeneinander führen, weil es den eigenen Interessen widerspräche, den Handelspartner, vom dem man wirtschaftlich abhängig ist, militärisch zu bedrohen. In ihrem 1977 erschienenen Buch „Power and Interdependence. World Politics in Transition“ haben die US-Forscher die „Verwundbarkeit“ („vulnerability“) als ein zentrales Merkmal der Interdependenz beschrieben. Ein Beispiel für eine solche Verwundbarkeit ist die enge ökonomische Verflechtung und die hohe Abhängigkeit in der Energieversorgung. Das auf diesem Gebiet erreichte Maß an „Konnektivität“ (von engl. *to connect*, „verbinden“) ist nicht nur eine Voraussetzung dafür, dass eine global vernetzte Weltwirtschaft am Laufen gehalten wird. Die Konnektivität hat auch eine gefährliche Kehrseite. Die Errichtung und Kontrolle von globaler Infrastruktur,

etwa zur Datenweiterleitung, bei der Abwicklung von internationalen Finanztransfers („SWIFT“) oder eben im Energiesektor, macht die Welt nicht nur „kleiner“ und im Wortsinne vernetzter, sie wird dadurch auch fragiler und erpressbarer, weil böswillige Akteure entsprechende Verbindungen kappen und dadurch enormen wirtschaftlichen Schaden verursachen und Unfrieden stiften können: „Die Verbindungen zwischen Völkern und Ländern werden zu Waffen“, schreibt Mark Leonard, Direktor des European Council on Foreign Relations, in seinem Buch „The Age of Unpeace. How Connectivity Causes Conflict“ (Leonard 2021, S. 1). Und genau dieser Zusammenhang lässt sich auch in der Energiekrise beobachten.

Erst durch diese Interdependenz konnte Russland seine Dominanz als Energielieferant zur „Waffe“ machen und eine „Weaponization“-Strategie verfolgen (Umbach 2022). Über Jahrzehnte hinweg hatte die (west-)deutsche Wirtschaft von vergleichsweise billigem russischen Öl und Erdgas profitiert. Die mit der Interdependenz-Theorie verbundene Idee des „Wandels durch Handel“ bzw. „Wandel durch Annäherung“, also die Vorstellung, dass durch die enge wirtschaftliche Verflechtung und wechselseitige Abhängigkeit von Deutschland und Russland eine für beide Seiten gewinnbringende Zusammenarbeit möglich sei, ist spätestens mit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine geplatzt. Das historische Konzept „Wandel durch Handel“ folgte aber nicht nur einer wirtschaftlichen Logik, sondern sollte langfristig auch zu einem schrittweisen politischen Systemwandel oder wenigstens einer Liberalisierung in den Staaten des „Ostblocks“ führen. Die SPD stand über Jahrzehnte hinweg für diese Politik der engen ökonomischen Beziehungen zur Sowjetunion bzw. Russland, und sie wurde darin von den anderen politischen Parteien und der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Heute sieht sie ihre Politik in einem anderen Licht. Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil hat in einer Rede am 18.10.2022 mit der Russlandpolitik abgerechnet und politische Fehleinschätzungen eingeräumt. Dazu gehört seiner Ansicht nach auch der Glaube an den „Wandel durch Annäherung“ und die große Abhängigkeit Deutschlands von der russischen Energieversorgung – dies dürfe „nie wieder passieren“ (FAZ.net vom 19.10.2022).

### „Runter vom Gas!“

Seit Kriegsbeginn ging es darum, wie erstens die zum Teil sehr hohe Abhängigkeit einzelner EU-Staaten von russischem Gas und Öl reduziert werden kann, wie zweitens die in die Höhe schießenden Energiepreise durch Einsparmaßnahmen abgefedert werden können und wie es drittens möglich ist, neue Energielieferanten (z. B. durch den Aufbau von LNG-Infrastruktur) zu gewinnen bzw. die Liefermengen innerhalb bestehender Verträge zu erhöhen. Eine zentrale Frage, die in Brüssel gestellt wurde, lautete, wie die „Runter vom Gas!“-Politik der EU-Staaten so koordiniert werden könne, dass die Europäische Union als Ganzes glimpflich durch diese Krise komme. Die EU-Kommission hat dazu im Sommer 2022 entsprechende Vorschläge zur Einsparung und zu einem europäischen Solidaritätsmechanismus vorgelegt, der auf früheren

Beschlüssen und Verordnungen basiert. Mithilfe dieses Mechanismus‘ sollen sich die EU-Mitgliedstaaten wechselseitig bei einem „Versorgungsnotfall“ unterstützen (tagesschau.de vom 13.7.2022). Die Unterschiede in der Abhängigkeit und die ungleichen finanziellen Möglichkeiten haben dazu geführt, dass sich die Mitgliedstaaten in einer Art nationalem Reflex – ähnlich wie zu Beginn der Covid-19-Pandemie – jeder für sich auf die Suche nach alternativen Quellen gemacht haben. Da reiche und ärmere EU-Staaten unterschiedlich erfolgreich auf dem Weltmarkt nach neuen Lieferanten von Gas oder Flüssiggas (LNG) Ausschau halten können und derjenige, der den höchsten Preis bezahlen kann, am Ende zum Zuge kommt, stellte sich die Frage nach der europäischen Solidarität. Ein Land wie Deutschland besitzt eine ungleich größere Finanzmacht, mit der es als „Einkäufer“ mit tiefen Taschen auf den internationalen Energiemärkten auftreten kann. Ein Land wie Bulgarien, das zu den wirtschaftlich schwächsten Ländern in der EU gehört und dessen Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen weit über dem EU-Durchschnitt liegt, ist also chancenlos und auf europäische Solidarität angewiesen.

### Europäische Solidarität

Die Frage, was „Solidarität“ bedeute, ist alles andere als trivial. Im Falle der EU wird die Sache noch komplexer. Denn der Begriff „Solidarität“ bezieht sich zunächst nur auf den nationalen Rahmen bzw. auf kleinere soziale Gruppen wie Familien oder Dorfgemeinschaften. So etwas wie „transnationale“ Solidarität, also ein Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl, das über nationale Grenzen hinausgeht, musste sich erst entwickeln. In der EU, die in der Politikwissenschaft als „Mehrebenensystem“ beschrieben wird, lassen sich mehrere politische Ebenen der Solidarität unterscheiden (Knodt / Tews 2014). Es geht hier einerseits um die horizontale Dimension, also um die Solidarität der EU-Staaten untereinander, was bedeutet, dass man in der Not füreinander einsteht. Auf der anderen Seite gibt es auch eine vertikale Variante: Hier geht es um die Frage, wie die EU als Gesamtsystem gegenüber ihren Mitgliedstaaten solidarische, vor allem finanzielle Hilfe leisten könne. Ein Beispiel hierfür wäre ein EU-Energiekrisen-Solidaritätsfonds, der ähnlich angelegt ist wie der Corona-Wiederaufbaufonds („Next Generation EU“), den die EU im Jahr 2020 beschlossen hat.

Eine Definition, die diese „grenzüberschreitende“ Dimension der Solidarität im EU-Mehrebenensystem in den Blick nimmt, gibt die Rechtswissenschaftlerin Ines Härtel:

„Offenbar heißt ja Solidarität zuerst Hilfe und Unterstützung: Ein Mitgliedstaat [der EU; die Bearb.] hilft einem anderen (in Not geratenen) Mitgliedstaat, weil dieser der Hilfe bedarf. In diesem Sinne ist Solidarität eine Art aus freiwilliger Motivation entstandener Beistand und eine durch das Verständnis der Situation des anderen geprägte Unterstützungsleistung, die gleichwohl darauf vertraut, dass auch im umgekehrten Falle Unterstützung und Beistand geleistet werden.“

Das Solidaritätsprinzip ist an mehreren Stellen im EU-Vertrag („Primärrecht“) genannt, es hat also „Verfassungsrang“. Ines Härtel schreibt von „moralisch-praktische(n) und rechtliche(n) Selbstbindungen der Mitgliedstaaten der föderalen Europäischen Union“ (alle Zitate aus Bartenstein 2021, S. 77; Hervorhebung im Originaltext). Hier wird also ein Verständnis von Solidarität sichtbar, das an das Motto der drei Musketiere aus dem 1844 veröffentlichten Roman von Alexandre Dumas erinnert: „Einer für alle, alle für einen“.

In Artikel 3 des EU-Vertrags, in dem die „Ziele der Union“ beschrieben werden, findet sich einer von vielen Verweisen auf das Solidaritätsprinzip: „[Die Europäische Union] fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten“. In Artikel 194 des Vertrags (AEUV), der die Grundlagen des Politikfelds beschreibt, wird eine Energiepolitik „im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten im Rahmen der Verwirklichung oder des Funktionierens des Binnenmarktes [...]“ als Auftrag formuliert. Im Lissabon-Vertrag sind die Ziele und Instrumente der EU-Energiepolitik zum ersten Mal ausführlich beschrieben. Der ausdrückliche Verweis auf die „horizontale“ Solidarität geht zurück auf die Initiative der mittel- und mittelosteuropäischen EU-Staaten. Diese hatten schon in der Vergangenheit immer wieder mit russischen Lieferunterbrechungen zu kämpfen und wollten sich durch diesen Passus der Solidarität der anderen EU-Staaten vergewissern (Grundel 2017).

Die Politikwissenschaftlerin Aline Bartenstein (2021) unterscheidet fünf „Quellen“ von Solidarität: (1) Interdependenz, (2) Selbstinteresse, (3) Moral, (4) politische Verbundenheit sowie (5) Identität. Alle fünf Dimensionen spielen auch in der Energiepolitik der EU eine wichtige Rolle. Die Praxis zeigt aber auch, dass diese Dimensionen in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen. Das jeweilige nationale Selbstinteresse, das häufig ökonomisch definiert wird, und die moralische (und im EU-Vertrag verankerte) Verpflichtung zu solidarischem Handeln müssen immer wieder austariert werden; ebenso muss geprüft werden, ob das Band, das die Europäer verbindet, stark genug sei und ob sie sich als „Schicksalsgemeinschaft“ begriffen, so dass die Unterstützung in einer Notlage als so selbstverständlich angesehen werde, dass ein EU-Staat die Energieversorgung von Unternehmen im integrierten europäischen Energiebinnenmarkt drosseln würde, um Krankenhäuser und Privathaushalte im europäischen Nachbarland weiterhin mit Gas zu versorgen.

Dass die Energiekrise zu öffentlichem Streit im Kreis der EU-Staaten führen kann, zeigte sich im Herbst 2022. Der polnische Ministerpräsident Morawiecki warf der Berliner Regierung Anfang Oktober „deutschen Egoismus“ vor und appellierte an die Solidarität Deutschlands; er sprach gar von einem „Diktat Deutschlands“ in der EU-Energiepolitik. Seine Mahnung lautete: „Seid gemeinschaftlich, solidarisch mit allen anderen“ (dpa, Süddeutsche Zeitung vom 7.10.2022). Der Stein des Anstoßes war der Ende September 2022 von der Bundesregierung verabschiedete „wirtschaftliche Abwehrrschirm gegen die Folgen des rus-

sischen Angriffskrieges“, den Bundeskanzler Scholz als „Doppelwumms“ beschrieben hat und der 200 Milliarden Euro umfasst. Damit sollten drei Ziele erreicht werden: „Deutschland durch die Krise führen, Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Unternehmen helfen, den Gasmarkt zu stabilisieren, Versorgungssicherheit gewährleisten“ (Bundesregierung 2022, S. 1). Da die Bundesrepublik Deutschland finanziell vergleichsweise gut dasteht, konnte die Regierung in Berlin ein solches Milliardenpaket beschließen. Der deutsche „Doppelwumms“ wurde aber nicht nur als „unsolidarisch“ kritisiert, sondern auch als Bruch mit einem Grundprinzip des europäischen Binnenmarktes wahrgenommen – dem Prinzip der gleichen Wettbewerbsbedingungen (engl., „level playing field“). Wenn nun ein Land wie die Bundesrepublik es sich im Wortsinne leisten könne, die eigenen Unternehmen und privaten Haushalte durch einen milliardenschweren „Abwehrschirm“ besser zu schützen als andere EU-Staaten, verzerre sich, so die Kritik, der europäische Wettbewerb (dpa, Süddeutsche Zeitung vom 7.10.2022).

In Krisen zeigen sich politische Konfliktlinien („Cleavages“) zwischen den EU-Staaten noch klarer als im Normalbetrieb: Norden gegen Süden, Osten gegen Westen, Reiche gegen Arme, Befürworter gegen Skeptiker einer engeren europäischen Zusammenarbeit. Diese Konfliktlinien zeigten sich auch in der Energiekrise. Martina Stevis-Gridneff, die Brüssel-Korrespondentin der New York Times, nennt einige der Fragen, die in Brüssel und in den europäischen Hauptstädten auf eine Antwort warteten: „Können sie [die Europäer; die Bearb.] sich zusammentun, um die drohende Rezession abzumildern oder zu verkürzen? Können sie die geschlossene Front gegenüber Russland halten? Und können sie die politische Stabilität zu Hause angesichts einer Reihe von Wahlen und angesichts des Erfolgs der politischen Rechten aufrechterhalten?“ (New York Times vom 7.10.2022; Übersetzung durch die Bearb.). Eine der Strategien, die in Krisen als (langfristiger) Lösungsweg gelten und die dazu beitragen soll, für künftige Krisen besser gewappnet zu sein, verbirgt sich hinter dem Konzept der „Resilienz“.

### Was heißt „Resilienz“?

Stefano Venier, der Vorstandsvorsitzende eines italienischen Gasleitungskonzerns, erläutert, was er unter „Resilienz“ (lat. *resilire*: „zurückspringen“) versteht: In der Energiepolitik galten lange Zeit vor allem die Wettbewerbsfähigkeit und die Nachhaltigkeit als zentral, also die Versorgung mit günstigen Energieträgern wie Gas aus Russland, die darüber hinaus auch klimaverträglich sein sollten. Was jedoch dabei kaum beachtet worden sei, sei die „Sicherheitsdimension“, also die „Verwundbarkeit“ der europäischen Wirtschaft und die Instrumentalisierung der Energie als „Waffe“. In der Energiekrise sei nun klar geworden, dass es „eine Infrastruktur [brauche; die Bearb.], die flexibel und redundant ist, also über Reserven verfügt“ (FAZ vom 14.10.2022). Es geht also um eine Strategie des „Doppelt genäht hält besser“.

Die Frage, wie sicher die Energieversorgung in Europa sei, umfasst mindestens zwei Dimensionen: Es geht zum

einen um die konkrete Bedarfsdeckung und die Versorgung von Industrie und Haushalten mit Gas und anderen Energieträgern. Es soll rund um die Uhr gewährleistet sein, dass die Menschen im Winter in ihren Wohnungen und Häusern nicht frieren und dass energieintensive Betriebe, wie etwa die Hersteller von Glas, ihre Produktion aufrechterhalten können. Wenn doch eine „Gasmangellage“ einträte, dann käme ein Solidaritätsmechanismus zum Einsatz, auf den man sich bereits 2017 in der „SoS“-Verordnung („Security of Supply“) verständigt hat. Dieser Mechanismus und entsprechende Maßnahmen auf nationaler Ebene – etwa der „Notfallplan Gas“ in Deutschland – regeln, unter welchen Bedingungen das Gas umverteilt werden würde, wann man „geschützte Kunden“ wie Privathaushalte oder Krankenhäuser versorgte und andere auf Sparflamme setzte. Auf dieser Grundlage kann ein EU-Staat, der sich in einer „Versorgungskrise“ befindet, auf Gas aus anderen europäischen Staaten zurückgreifen.

Einen Ausweg aus der beschriebenen Verwundbarkeit der Energieversorgung, die sich aus der Abhängigkeit von Staaten wie Russland, die bereit sind, Energie als Waffe einzusetzen, bietet das Konzept der „Resilienz“. Der Begriff wird seit vielen Jahren nicht nur in der Psychologie und der Materialwirtschaft diskutiert, sondern auch im Zusammenhang mit Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen. Er beschreibt die „Widerstandsfähigkeit“, die sich in Krisen als Voraussetzung für ihr Überleben erweist (Brunnermeier 2021). Es gibt viele Möglichkeiten, die Resilienz zu stärken. Eine davon ist die Diversifizierung von Ressourcen und die Redundanz in der Energieversorgung, also die doppelte und dreifache Absicherung, was die Abhängigkeit von einem einzigen und politisch „unsicheren“ Lieferanten ausschließt. Die Bemühungen der EU-Staaten und insbesondere der Bundesregierung seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine zielen genau in diese Richtung – erst durch die Energiekrise scheinen Politik und Öffentlichkeit in Deutschland aufgewacht zu sein. Nach Ansicht des ehemaligen deutschen UN-Botschafters Thomas Matussek ist die Diversifizierung der „Schlüssel zur Energiesicherheit“: „Rückblickend mag es absurd erscheinen, dass Deutschland lange Zeit fast ausschließlich auf einen einzigen Gaslieferanten angewiesen war. Jeder Klimaexperte wird Ihnen sagen, dass die Zukunft der Energieversorgung in einer breitgefächerten Palette von Brennstoffen liegt und eine Mischung erforderlich ist. Verschiedene Brennstoffe werden für unterschiedliche Industrien geeignet sein: Wasserstoff für die Schwerindustrie, erneuerbarer Strom für den Versorgungssektor und so weiter. Daher ist es seltsam, dass die deutsche Energiepolitik, in dem Maße wie sich diese Technologien und Brennstoffe entwickelt haben, einer Notwendigkeit der Diversifizierung nicht Rechnung getragen hat“ (Deutsche Welle vom 17.10.2022).

Neben der Diversifizierung der Energieversorgung im Sinne der „Resilienz“ lautete eine weitere Lehre, auf die sich die EU auf ihrem Gipfel im Oktober 2022 verständigen konnte, die Gasbeschaffung in Zukunft gemeinsam zu organisieren und dadurch die europäische Marktmacht zu bündeln. Dadurch soll verhindert werden, dass sich die Europäer auf den internationa-

len Märkten gegenseitig Konkurrenz machen und die Preise in die Höhe treiben. Die EU-Kommission hatte dazu am 18. Oktober 2022 Vorschläge vorgelegt, wie es beim nächsten Mal besser laufen soll. Brüssel zielt damit schon auf die Versorgungssicherheit im Winter 2023/24 (Pressemitteilung vom 18.10.2022).

### Fazit

Die EU ist in der Krise bislang geschlossen gegenüber Russland aufgetreten, auch dank mancher Zugeständnisse gegenüber einzelnen EU-Staaten in der Sanktionspolitik. Sie hat erkannt, dass sie sich so rasch als möglich aus der russischen Energieabhängigkeit befreien muss – auch wenn dies noch ein langer und mühsamer Weg sein wird, der hohe Kosten und noch manche innenpolitischen Konflikte oder Parteienstreit mit sich bringen wird. Diese jüngste Krise hat aber auch den Reformbedarf der EU sichtbar werden lassen. Ein Kommentator hat den Druck, dem die Europäische Union ausgesetzt ist, so beschrieben: „Diesmal wird die EU ihre Probleme nicht aussitzen können. Sie muss sich reformieren – oder sie wird dahinsiechen“ (Süddeutsche Zeitung vom 4.–6.6.2022). Ob ein solcher Befreiungsschlag möglich ist, wird auch davon abhängen, wie gut es der EU und ihren Mitgliedstaaten gelingt, die Transformation des Energiesektors noch konsequenter umzusetzen als bislang. Der Bau von Windkraftanlagen ist nicht nur ein Schritt in Richtung einer „resilienten“ Energiepolitik, die sich befreit von asymmetrischen Abhängigkeiten, sondern auch ein Beitrag zur Stärkung der Sicherheit in Europa in einem ganz traditionellen Sinne. Im Verknüpfen von Reformen und Themen („issue linkage“) ist die Europäische Union immer wieder erfolgreich gewesen. Dieses Muster scheint sich in der Energieversorgungskrise zu wiederholen, wie die New York Times in einem Kommentar am 17.2.2023 feststellte: „Europe Turned an Energy Crisis Into a Green Energy Sprint“. Die Zeitenwende in der europäischen Energiepolitik, also die Beschleunigung des Umbaus in Richtung einer in jeder Hinsicht nachhaltigen Energieversorgung zeigt, wie sehr sich die Landkarte Europas, von der eingangs gesprochen wurde, verändert hat. Die Komplexität, die in diesen Prozessen sichtbar wird, gilt es für politisches Lernen zu „übersetzen“.

### Literatur

- Bartenstein, Alina (2021): *The Concept of Solidarity. Energy Policy in the European Union*, Baden-Baden: Nomos
- Brunnermeier, Klaus (2021): *Die resiliente Gesellschaft. Wie wir künftige Krisen besser meistern können*, Berlin: Aufbau
- Bundesregierung (2022): *Wirtschaftlicher Abwehrschirm gegen die Folgen des russischen Angriffskrieges*, Berlin, 29.9.2022 (<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Entlastungen/2022-09-29-abwehrschirm-gegen-folgen-des-russischen-angriffskrieges.html>; 5.5.2023)
- Große Hüttmann, Martin (2021): *Die Europäische Union am Scheideweg – wieder einmal?!*, in: Frech, Siegfried et al. (Hrsg.): *Europa in der politischen Bildung*, Frankfurt/M.: Wochenschau, S. 26–59
- Große Hüttmann, Martin / Weinmann, Georg (2023): *Die Europäische Union auf Sparflamme*, in: *Unterricht Wirtschaft + Politik*, Heft 1/2023, S. 28c38
- Grundel, Jörg (2017): *Kommentar zu Artikel 194 Energie*, in: *Frankfurter Kommentar*, Band III, Tübingen: Nomos, S. 1429–1459
- IEA International Energy Agency: *A 10-Point Plan to Reduce the European Unions' Reliance on Russian Natural Gas*, Paris, 3.3.2022 (<https://www.iea.org/reports/a-10-point-plan-to-reduce-the-european-unions-reliance-on-russian-natural-gas>; 5.5.2023)
- Janson, Matthias (2022): *So könnte die EU Gasimporte aus Russland reduzieren*, statista, Hamburg, 23.3.2022 (<https://de.statista.com/infografik/27101/einsparpotential-bei-gas-importen-aus-russland-nach-massnahme/>; 5.5.2023)
- Knodt, Michèle / Tews, Anne (Hrsg.) (2014): *Solidarität in der EU*, Baden-Baden: Nomos
- Kohler-Koch, Beate (1990): *Interdependenz*, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 110–129
- Krastev, Ivan (2022): *Reimagining the East-West-Divide*, imw-Post, Nr. 129, Spring/Summer 2022, Wien, S. 3
- Leonard, Mark (2021): *The Age of Unpeace. How Connectivity Causes Conflict*, London: Penguin
- Mende, Janne / Müller, Stefan (2020): *Einfach komplex? Die Übersetzung politikwissenschaftlicher Komplexität in die Gesellschaft*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Heft 1/2020, S. 379–399
- Umbach, Frank (2022): *Erdgas als Waffe. Der Kreml, Europa und die Energiefrage*, Berlin: Edition Fototapeta
- Zuleeg, Fabian et al. (2021): *Europe in the age of permacrisis*, European Policy Centre (EPC), 11.3.2021, Brüssel (<https://www.epc.eu/en/Publications/Europe-in-the-age-of-permacrisis~3c8a0c>; 5.5.2023)

**Dr. Martin Große Hüttmann** ist Akademischer Oberrat am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen.

**Dr. Georg Weinmann** leitet die Abteilung für Sozialwissenschaftliche Fächer am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium Wertheim (Main).